

Das Dokument : die SGB-Vorschläge

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **86 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-355462>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Integration

Das Dokument:

Die SGB-Vorschläge

Wie ist die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz zu fördern? Der SGB hat dazu Vorschläge erarbeitet. Wir publizieren hier die konkreten Forderungen aus dem entsprechenden Dokument¹.

I. Zusammenleben in der Gesellschaft

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund unterstützt die Ratifikation der Uno-Konvention gegen jede Form der Rassendiskriminierung durch die Schweiz und ein entsprechendes Antirassismus-Gesetz. Noch wichtiger sind jedoch positive Massnahmen für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer in die schweizerische Gesellschaft, um dem Entstehen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus vorzubeugen.

I.1. In der Arbeitswelt

Gleicher Schutz durch den Gesamtarbeitsvertrag

Der SGB fordert seine Verbände auf, ihre Gesamtarbeitsverträge zu überprüfen und allfällig noch vorhandene Diskriminierungen zu beseitigen.

Gleiche Rechte im Betrieb

Der SGB fordert seine Mitglieder in den Betrieben auf, überall ausländische Vertrauensleute zu integrieren. Er appelliert an die ausländischen Kolleginnen und Kollegen, sich die dafür notwendigen Kenntnisse durch Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungskursen anzueignen. Er fordert die Verbände auf, zu diesem Zweck den vertraglichen Anspruch auf Bildungsurlaub zu erweitern.

Gleiche Rechte in der Gewerkschaft

Der SGB appelliert an die Verbände und ihre Sektionen, die aktive Integration der ausländischen Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen des Gewerkschaftslebens fortzusetzen und zu erweitern. Die innergewerkschaftliche Bildung kann diese Zusammenarbeit fördern.

I.2. In der Gesellschaft

Zusammenleben im Alltag

Die Schweizerinnen und Schweizer sollten sich bewusst werden, dass sich die

Mitwirkung der ausländischen Mitbürger nicht auf das Kochen von Risotto oder Empanadas beschränken darf. Eine kulturelle Begegnung wird dort möglich, wo eigene und «fremde» Traditionen und Inhalte gleichberechtigt zusammengeführt werden. Das kann für beide Seiten zu Bereicherung führen.

Politische Partizipation in der Gemeinde

Der SGB empfiehlt die Einführung des kommunalen und kantonalen Stimm- und Wahlrechtes für Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen in der Schweiz leben. Er strebt dabei die Gleichbehandlung für die im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer an. Ausländerinnen und Ausländer sollten insbesondere dort gleichberechtigt mitwirken können, wo sie als Arbeitnehmer ebenso wie die Schweizer betroffen sind, beispielsweise in Arbeitsgerichten, in Berufsschulkommissionen und ähnlichen Einrichtungen.

Die Einbürgerung erleichtern

Der SGB unterstützt die erleichterte Einbürgerung für junge Ausländerinnen und Ausländer (Volksabstimmung vom 12. Juni 1994). Er begrüsst ferner die parlamentarischen Vorstösse, die eine Halbierung der Fristen für die Einbürgerung zum Ziel haben. Die Schweiz würde sich damit der Praxis der meisten europäischen Länder angleichen. Darüber hinaus müssen jedoch in den Kantonen und Gemeinden zu hohe Gebühren herabgesetzt und diskriminierende Prüfungsverfahren abgeschafft werden.

Gleichbehandlung bei den Steuern

Der SGB fordert die Überprüfung der bisherigen Praxis, die auch Schweizer/innen mit unterjährigen Arbeitsverhältnissen benachteiligt. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten aufgrund des tatsächlich erzielten Einkommens steuerlich veranlagt werden. Auch ist die Praxis aufzuheben, dass von Angehörigen anderer Religionen Kirchensteuern erhoben werden.

¹ Das integrale Dokument, inkl. Kommentar zu den einzelnen Forderungen, ist beim SGB erhältlich.

Ausbau des Rechtsschutzes

Der SGB setzt sich für den Ausbau der Rechtsstellung der Ausländerinnen und Ausländer in allen behördlichen Verfahren ein. Diese Forderung ist auch im Hinblick auf eine künftige Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu verwirklichen.

2. Keine Konkurrenz zwischen Schweizer/innen und Ausländer/innen

2.1. Kein Lohndumping

Kontrolle der neuen Arbeitsverträge

Die Gewerkschaften fordern überall die Einrichtung tripartiter Kommissionen, in denen die Vertreter von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften eine Kontrolle der Verträge und Löhne ausüben können. Nötigenfalls müssen die kantonalen Arbeitsämter Mindestlöhne festsetzen können, welche wenigstens den gesamtarbeitsvertraglichen Ansätzen entsprechen.

Gegen kurzfristige Arbeitsverhältnisse

Der SGB fordert, dass kurzfristige Arbeitsverhältnisse auf spezifische Bedürfnisse wie Rotation von Kadern, Weiterbildung von kurzer Dauer, Erwerbstätigkeit von Student/innen während der Semesterferien beschränkt werden. In den Saisonbranchen sind «Kurz-Saisoniers» nicht mehr zuzulassen.

2.2. Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt

Angebot verbessern

Die Neubautätigkeit von Wohnbaugenossenschaften muss wieder reaktiviert werden. Auch muss vermehrt die Solidarität der Altmieten zur Verbilligung von Neumieten beitragen. Für beides gibt es Modelle, die zu einer Wiederbelebung des genossenschaftlichen Wohnbaus beitragen können.

Neue Finanzierung von Hypotheken

Der SGB schlägt vor allem vor, Hypotheken viel stärker langfristig (z. B. mit Obligationen und Pfandbriefen) zu finanzieren. Höhere Zinsen würden damit nur jenen Teil der Hypotheken treffen, die neu ausgegeben werden. Der Durchschnittszins und damit die Mieten würden kaum mehr schwanken. Ferner sollten die Pensionskassen einen Teil ihrer Gelder als Hypotheken für Genossenschaften und Kleineigentümer zur Verfügung stellen.

3. Gleiche Chancen für die Zukunft

3.1. Zugang zur Berufsbildung

Der SGB fordert Behörden und Arbeitgeber auf, den in der Schweiz lebenden jungen Ausländerinnen und Ausländern den Zugang zur Berufsbildung zu öffnen. Dazu sind insbesondere verstärkte Anstrengungen notwendig, um Jugendlichen, die im Rahmen des Familiennachzuges verspätet eingereist sind, Chancen für den Anschluss an unsere Berufsbildung zu öffnen. Bisher existieren nur an wenigen Orten Integrationskurse mit diesem Ziel. Der SGB fordert die Verbände auf, die meist auf paritätischer Grundlage bestehenden Angebote für Kurse gemäss Art. 41 BBG auszubauen. Von den Arbeitgebern erwartet er, dass sie Hand bieten zur besseren Lösung der zeitlichen und finanziellen Probleme, beispielsweise durch Kurse, die teilweise während der Arbeitszeit stattfinden.

Unterstützung der ausländischen Berufsbildungsinstitute

Diese Berufsbildungsinstitute wären geeignet, spezifische Bildungsangebote nicht nur für ihre italienischen Landsleute, sondern auch für andere Nationalitäten der Einwanderer zu erbringen. Für diese sind kompensatorische Angebote dringend notwendig. Dazu ist aber eine stärkere Mitfinanzierung durch Bund und Kantone unerlässlich.

3.2. Qualifizierung als Daueraufgabe

Die dafür notwendigen Weiterbildungsangebote dürfen nicht nur auf Kaderleute beschränkt bleiben, sondern müssen auch gezielt die Facharbeiter/innen – Schweizer/innen und Ausländer/innen gemeinsam – erreichen.

3.3. Ausbau des Bildungsurlaubs

Der SGB appelliert an die Verbände, bei Vertragsverhandlungen dem Ausbau des Bildungsurlaubs die nötige Beachtung zu schenken. In den Betrieben und Gewerkschaften sind eigentliche Weiterbildungskonzepte aufzustellen. Dabei ist, abgesehen von spezifischen Förderungsmassnahmen, der Einbezug der ausländischen Kolleginnen und Kollegen in ein einheitliches Bildungskonzept anzustreben.